



Sessionsbericht

Nr. 16 / Herbst 2023

Ihr EVP-Team im Nationalrat

Nik Gugger, ZH nik.gugger@parl.ch 079 385 35 35
Lilian Studer, AG lilian.studer@parl.ch 076 575 24 77
Marc Jost, BE marc.jost@parl.ch 076 206 57 57



Foto: Rebekka Suter

Nächste Station: 22. Oktober!

Liebe Leserinnen und Leser

Nach drei intensiven Sitzungswochen blicken wir mit grosser Dankbarkeit nicht nur auf die letzten Tage, sondern auch auf die letzten vier Jahre zurück. Denn die Resultate, die wir in den letzten Tagen geerntet haben, sind das Ergebnis von unserem Engagement, das sich über viele Monate erstreckte. In der letzten Session konnten wir einige sehr erfreuliche Erfolge verzeichnen, wie z. B. die Annahme der Motion zum Jugendschutz vor Pornografie von Nik Gugger, oder die Überweisungen von einer Motion (Gugger), damit Biogas von der CO₂-Abgabe befreit wird und einer Motion (Streff-Studer) für Ausstiegsprogramme für Prostituierte. Enttäuschungen gab es leider auch. Besonders schmerzhaft war die Ablehnung durch den Ständerat von einer Motion Streiff-Gugger, die eine Lösung für Langzeitbeziehende von Nothilfe ermöglichen wollte.

Als Teil einer politischen Fraktion, die für Kompromisse und Mehrheiten entscheidend ist, werden wir auch oft von unseren Kollegen in den Kommissionen gebeten, im Namen der Mehrheit ausgewogen zu sprechen. Dies war in der letzten Session bei der Debatte über die Regulierungsbremse der Fall.

Unsere Hoffnung ist, dass wir nach den Wahlen am 22. Oktober noch stärker sein werden, um unsere Arbeit erfolgreich fortsetzen zu können. Wir danken Ihnen für die Unterstützung als Teil der politischen Familie der EVP.

Herzliche Grüsse, Lilian, Nik und Marc

In diesem Bericht	Seite
Listenflut stoppen	2
Gesundheitskosten	2-4
Sichere Stromversorgung	4
Asylsozialhilfe	5
Burkaverbot	5
Regulierungsbremse	6
Eingereichte Vorstösse	7

Updates zu unseren Vorstössen:

#banporn4kids: Ein Schritt mehr für den Jugendschutz vor Pornografie im Internet



Der Nationalrat hat mit 90 zu 66 Stimmen der abgeänderten Motion von EVP-Nationalrat Nik Gugger zugestimmt, die Kinder und Jugendliche unter 16 Jahren im Internet besser vor Pornografie schützen will. Der Bundesrat muss nun gesetzliche Anpassungen vorlegen, die Telekommunikationsanbieter dazu verpflichten, Erziehungsberechtigte auf technische Schutzmassnahmen bei Endgeräten und Angeboten hinzuweisen. Auch sollen sie diesen dazu wirksame Instrumente und Apps anbieten müssen.

Listenflut stoppen

EVP fordert einfaches und gerechtes Wahlsystem



Fast 6000 Kandidierende bewerben sich auf einer der rund 620 Wahllisten für die 200 Sitze im Nationalrat. Im Jahr 2003 war das Feld der Kandidierenden gegenüber 2023 gerade einmal halb so gross. Auch gegenüber 2019 stieg die Zahl der Kandidierenden um mehr als ein Viertel. Der Grund dafür ist einfach: Mit zusätzlichen Listen und Kandidierenden erhoffen sich die Parteien zusätzliche Stimmen, auch wenn schon im Vorhinein klar

ist, dass die Kandidierenden dieser Zusatzlisten keine Chancen auf einen Nationalratssitz haben, sondern lediglich als Stimmenfang dienen. Begünstigt von diesem System, sind die grossen Parteien. Die Verlierer sind nicht nur die kleinen Parteien, sondern auch die Wählerinnen und Wähler, denn die Wahlen werden unübersichtlich, das Couvert mit den Unterlagen und Werbematerialien wird dicker und dicker, die Frustration steigt.

Die EVP möchte diese Listenflut stoppen und auf ein einfaches und gerechtes Wahlsystem umstellen. In vielen Kantonen etablierte sich mittlerweile mit dem «doppelten Pukelsheim» ein Wahlsystem, das einfach und fair ist und ohne Listenverbindungen auskommt. Zudem gilt: Pro Kanton und Partei nur eine Liste. Dieses System macht auch für die Nationalratswahlen am meisten Sinn. Aus diesem Grund reichte Marc Jost eine [Parlamentarische Initiative](#) unter dem Titel «Schluss mit Listenflut – Einfaches und faires Wahlsystem für die Nationalratswahlen» ein.

Gesundheitskosten

Finanzierung der Gesundheitsleistungen aus einer Hand. Einführung des Monismus

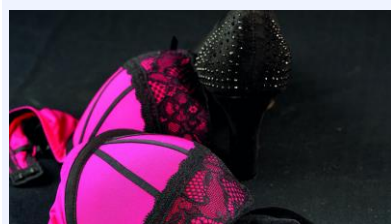
Ambulante und stationäre Leistungen sollen künftig aus dem gleichen Topf finanziert werden. Dies ist schon eine [langjährige Forderung](#), die in dieser Session zu einem Abschluss gelangte. Heute werden Leistungen im ambulanten Bereich vollständig von den Krankenkassen bezahlt, sie werden also über Prämien finanziert. Leistungen im stationären Bereich werden zu mindestens 55 Prozent von den Kantonen und damit aus Steuergeldern finanziert, den Rest bezahlen die Krankenkassen. Grosser Streitpunkt dieser Vorlage war, ob die Langzeitpflege – also Leistungen von Hilfs- und Pflegediensten zu Hause oder in Alters- und Pflegeheimen – in den sogenannten Monismus einbezogen werden sollen. Für die Kantone war dies eine wichtige Forderung. Dies wird nun von beiden Kammern unterstützt. Doch der Nationalrat fügte noch zusätzliche Bestimmungen dazu, die vom Ständerat zuerst beraten werden müssen. Erstens müssen die Tarife im Pflegesektor auf einer einheitlichen und transparenten Kostenbasis festgelegt sein; zweitens muss die

Motion erfolgreich: Biogas von CO₂-Abgabe befreien



CO₂-neutrales, virtuell in die Schweiz importiertes Biogas unterliegt heute der CO₂-Abgabe. Diesen Unsinn will EVP-Nationalrat Nik Gugger abschaffen. Der Nationalrat hat seine [Motion](#) «Befreiung von erneuerbaren Gasen von der CO₂-Abgabe» angenommen (Siehe [Votum](#) von Nik Gugger). Als Nächstes kommt sie in den Ständerat.

Nationalrat sagt Ja zu Ausstiegsprogrammen für Prostituierte



Der Nationalrat will Frauen helfen, die aus der Prostitution aussteigen wollen. Er hat eine entsprechende [EVP-Motion](#) überwiesen. Diese fordert Ausbildungs- und Arbeitsangebote zur beruflichen Neuorientierung und sozialen Reintegration, ein koordinierendes Case Management sowie kooperative Strukturen zwischen den beteiligten Akteuren. Der Bundesrat soll hierfür die gesetzlichen Grundlagen und ein Massnahmenkonzept vorlegen. Das [Votum](#) von Lilian Studer überzeugte eine Mehrheit des Nationalrates. Die Vorlage geht nun an den Ständerat.

Volksinitiative "Für eine starke Pflege (Pflegeinitiative)" vollständig umgesetzt sein. Stand momentan ist zudem, dass die Kantone für mindestens 28,6 Prozent und die Krankenversicherer über die Prämien höchstens für 71,4 Prozent der Leistungen aufkommen sollen – und zwar unabhängig davon, wo und von wem diese erbracht werden. Mit Einsparungen zwischen einer bis drei Milliarde Franken pro Jahr wird gerechnet.

Höhere Prämienverbilligungen

Die Finanzierung der Prämienverbilligung der Krankenversicherung soll verbessert werden. Mit den steigenden Kosten ist dies eine wichtige Entlastung für viele Familien aber auch Einzelpersonen, welche die erhöhten Preise bei Krankenkassenprämien aber auch in diversen anderen Bereichen nur noch schlecht bezahlen können. Eine Initiative "Maximal 10 Prozent des Einkommens für die Krankenkassenprämien (Prämien-Entlastungs-Initiative)" gab zu einer Gesetzesvorlage den Ausschlag. Ihr Anliegen ist, dass Versicherte höchstens zehn Prozent ihres verfügbaren Einkommens für die Krankenkassenprämien ausgeben müssen. Wird diese Grenze überschritten, müssten Bund und Kantone mit Prämienverbilligungen einspringen – der Bund zu mindestens zwei Dritteln. Ein [indirekter Gegenvorschlag](#) wurde darauf vom Bundesrat vorgelegt, welcher auch von uns als EVP als stimmiger erachtet wurde und eine gute Alternative zur Volksinitiative ist. Die EVP wie auch der Nationalrat hatte diese Variante unterstützt. Damit hätte man die Prämienverbilligung mit zwei Milliarden Franken unterstützt – davon zusätzliche rund 800 Millionen Franken zulasten der Kantone. Doch der Nationalrat ist schlussendlich auf die Variante Ständerat eingeschwenkt, ansonsten hätte es keine Lösung gegeben. Die Kantone sollen neu einen Mindestbetrag von 3,5 bis 7,5 Prozent der Kosten der obligatorischen Grundversicherung für die Prämienverbilligung aufwenden müssen. Dieser Vorschlag bedeutet für die Kantone Mehrkosten von etwa 356 Millionen Franken.

Zweites Massnahmepaket zur Dämpfung des Kostenwachstums

Die Kostensteigerung im Gesundheitswesen ist im Sorgenbarometer der Bevölkerung zuoberst. Untätig blieb das Parlament in der letzten Legislatur nicht ganz, u.a. mit zwei Massnahmepaketen zur Dämpfung des Kostenwachstums. In dieser Session behandelten wir das zweite Paket. Was die verschiedenen Änderungen im Krankenversicherungsgesetz unter dem Strich bringen, ist jedoch unklar. Trotzdem trat der Nationalrat auf das Paket ein. U.a. sollen nun Apotheken mehr Kompetenzen erhalten, um teurere Leistungen durch Ärztinnen und Ärzten zu verhindern. Auch für vertrauliche Preismodelle bei Medikamenten soll der Bundesrat die Kompetenz erhalten. In anderen Ländern wird dies schon so gehandhabt. Nicht angenommen wurde eine Änderung zur koordinierten Versorgung. Zwar ist der Nationalrat mit dem Bundesrat einig, dass diese stärker gefördert werden soll, doch sollen diese Netzwerke nicht neu als Leistungserbringer anerkannt werden, sondern stattdessen sollen die bestehenden Regelungen angepasst und so eine bessere Koordination ermöglicht werden. Namentlich soll den Krankenversicherern erlaubt werden, die Daten ihrer Versicherten zu nutzen, um diese individuell über mögliche Einsparungen oder passendere Versorgungsmodelle zu informieren. Zudem gab es noch zwei Kommissionsmotionen, die überwiesen wurden. Es sollen alter-

Ständerat lehnt Lösung für Nothilfebeziehende ab



Der Ständerat lehnt leider eine einmalige humanitäre und wirtschaftliche Lösung für die rund 2600 Langzeitbleibenden ab, die im Nothilfesystem des alten Asylrechts feststecken. Der Nationalrat hatte der entsprechenden [EVP-Motion](#) Streiff-Gugger noch zugestimmt. Diese abgelehnten Asylsuchenden können aus verschiedenen Gründen nicht in ihre Heimat zurück. Hier in der Schweiz stecken sie in einer Sackgasse: Sie dürfen nicht arbeiten, haben keinerlei Perspektive und vegetieren seit Jahren mit 8-12 Franken Nothilfe pro Tag in isolierten Notunterkünften. Dreiviertel von ihnen leiden an mehreren psychischen Erkrankungen. Die Kosten für die Kantone übersteigen monatlich die Millionengrenze. Die EVP plant nun einen erneuten Vorstoss, der klären soll, wie der Bundesrat das Problem endgültig lösen will.



Nik Gugger bespricht die Problematik der Personen mit Langzeitnothilfe mit Bundesrätin Baume-Schneider.

native Versicherungsmodelle langfristig attraktiver gemacht werden, indem Mehrjahresverträge ermöglicht und Prämienrabatte anders berechnet werden sollen. Nun geht die Vorlage an den Ständerat.

Sichere Stromversorgung mit erneuerbaren Energien

Dieser Mantelerlass ist aus Sicht des Klimaschutzes und der Energiewende dringend nötig, aus Sicht des Gewässer- und Naturschutzes jedoch ein Schritt zurück. Fortschritte beim Ausbau der erneuerbaren Energien sowie bei der Stromeffizienz stehen Einschränkungen beim Natur- und Landschaftsschutz gegenüber.



«Unsere Gewässer und ihre Artenvielfalt stehen enorm unter Druck. Jede weitere Beeinträchtigung wertvoller Gewässerlebensräume ist problematisch», sagt Nik Gugger.

In letzter Minute schwenkte der Ständerat beim Thema Restwasser bei Wasserkraftprojekten noch auf die Linie des Nationalrats um. Dementsprechend darf der Bundesrat auch zukünftig die Restwasservorschriften nur bei einer drohenden Mangellage befristet lockern und nicht bis die gesetzlichen Produktionsziele bei der Wasserkraft erreicht werden. Somit konnte hier Schlimmeres verhindert werden.

Aus Sicht des Gewässerschutzes und der Biodiversität enthält das Gesetz aber auch weiterhin strittige Punkte vor allem in Bezug auf Auengebiete. Auen sind die wertvollsten Lebensräume der Schweiz. Hier leben über 80 Prozent der heimischen Tier- und Pflanzenarten. Seit 1850 sind jedoch bereits 90 Prozent der Auenflächen verloren gegangen. Mit dem Mantelerlass ermöglicht das Parlament nun Restwasserstrecken in Biotopen von nationaler Bedeutung sowie den Bau von Wasserkraftanlagen in Auengebieten, bei denen es sich um Objekte der Typen Gletschervorfelder oder alpine Schwemmebenen von nationaler Bedeutung handelt und die der Bundesrat bis zum 1. Januar 2023 nicht in das Bundesinventar der Auengebiete von nationaler Bedeutung aufgenommen hat. Beide Regelungen könnten zum Verlust weiterer Auenflächen führen.

Wir werden nun die Umsetzung des Gesetzes genau prüfen und konsequent für die Einhaltung der gemachten Zusagen in Sachen Naturschutz kämpfen. Bundesrat Albert Rösti sowie die Kommissionssprecher haben unter anderem zugesichert, dass Schutzgebiete auch durch den Mantelerlass nicht wesentlich beeinträchtigt und vor allem keine Auen gefährdet werden.

News aus dem Bundeshaus

Mitte-Links Parteien verpflichten sich gegen Missbrauch von KI



Die Parteien SP, Die Mitte, GRÜNE, Grünliberale und EVP einigen sich auf einen gemeinsamen Kodex zum Gebrauch von Künstlicher Intelligenz in Wahl- und Abstimmungskampagnen. Der Kodex stärkt die Transparenz und verhindert die Nutzung von auditiven oder visuellen KI-Erzeugnissen für Negativ-Kampagnen.

Siehe [Medienmitteilung](#)

Aargauer Regierungsrat mit dem Bundeskanzler Walter Thurnherr



Lilian übt sich anlässlich des jährlichen Treffens der Aargauer Delegation beim Bundeskanzler hier als Fotografin.

Asylsozialhilfe

Kommissionspostulat über die Wirkung der Asylsozialhilfe leider gescheitert

Art. 86 Abs. 1 des Ausländer u. Integrationsgesetzes (AIG) schreibt vor, dass für vorläufig Aufgenommene, also Personen mit Status F oder S, eine reduzierte Sozialhilfe vorgesehen ist. Die Kantone können bei der Ausrichtung der Sozialhilfe die Höhe der Reduktion des Sozialhilfeansatzes selbst bestimmen.



Der reduzierte Anspruch auf Sozialhilfe wird aktuell so begründet, dass dadurch Anreize zur Ausübung einer Erwerbstätigkeit gesetzt würden und dass Pull-Effekte vermindert würden. Ob diese Ziele durch eine solche Massnahme tatsächlich gefördert werden, ist laut Stimmen aus den Hilfswerken fraglich (Siehe ausschlaggebende Petition der [HEKS](#)). Die reduzierte Sozialhilfe reiche häufig nicht aus für diverse Leistungen, die für die berufliche und soziale Integration relevant wären. Insbesondere für Kinder und Jugendliche könnten die teilweise sehr tiefen Ansätze deutlich eingeschränkte Entwicklungsmöglichkeiten mit sich bringen.

Aus diesem Grund forderte die Staatspolitische Kommission des Nationalrats in einem [Postulat](#), der Bundesrat solle recherchieren und berichten, ob das Ziel der Integration mit der reduzierten Asylsozialhilfe tatsächlich erreicht wird, oder ob das Gegenteil eintritt. In diesem Fall würde sich herausstellen, dass diese Massnahme ein Eigentor für die Schweiz wäre, wobei nicht nur unnötig menschliches Leiden, sondern auch Mehrkosten für die Gesellschaft verursacht werden. NR Marc Jost, trat als [Sprecher](#) der Kommission auf. Leider entschloss eine [knappe Mehrheit](#) des Nationalrates, dem Antrag der Kommission nicht zu folgen.

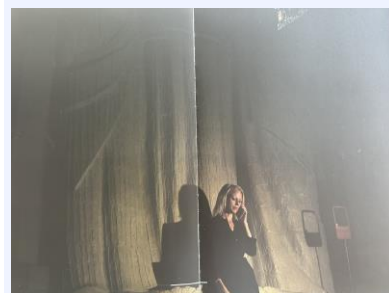
Burkaverbot

Eine ausgewogene Umsatzlösung

Die [Vorlage](#) zur Umsetzung der Burkainitiative sah eine landesweit einheitliche Umsetzung des Verbots der Verhüllung des eigenen Gesichts vor. Für die EVP und die Mitte.EVP Fraktion stellte die Vorlage eine angemessene Umsetzung dar, auch deshalb, weil sie Gesichtsverhüllungen zur Wahrung persönlicher Schutzbedürfnisse weiterhin erlaubt. Auch eine Mehrheit des Nationalrates war gleicher Ansicht. Die Minderheitsanträge von links oder rechts, aber auch von liberaler Seite wurden abgelehnt.

Als Fraktionssprecher meinte Marc Jost in seinem [Votum](#), dass die Bevölkerung nun eine nationale und effiziente Umsetzung abwartete, unabhängig davon, wie man bei der Abstimmung zur Initiative stand. Die Verantwortung bei der Umsetzung den Kantonen überschieben, wäre nicht gerecht. Die Vorlage ist zudem ausgewogen, indem es zum Beispiel weiterhin erlaubt ist, in Sakralstätten sein Gesicht zu verhüllen, was gerade aus Sicht der Religionsfreiheit von Bedeutung sein kann. Die Gesichtsverhüllung wird ebenfalls für den Schutz der eigenen Gesundheit erlaubt bleiben, wie das im Falle einer Pandemie von Bedeutung

Lilian von renommierten Fotografen aufgenommen



SESSION ist ein Blick von aussen auf den politischen Betrieb während der Sommersession 2022 im und um das Bundeshaus in Bern. Vier Mitglieder der renommierten Fotoagentur MAGNUM PHOTOS aus den USA, Iran, Brasilien und Italien dokumentierten den Sessionsablauf. Entstanden ist ein visuelles Zeitdokument anlässlich des 175-Jahre Jubiläums der Bundesverfassung

#viaBerna: Ziel erreicht!



Trotz intensivem Wahl- und Sessionsprogramm war Marc weiter fleissig auf der Via Berna unterwegs. Dass die Politik kein Spaziergang ist, das wusste er schon aus seiner Zeit im Berner Grossrat. Aber eben darum waren diese Ausflüge in der Natur und mit Zeit für Begegnungen und tiefere Gespräche umso wertvoller.

sein kann. Sie wird weiterhin für die Gewährleistung der persönlichen Sicherheit erlaubt sein, wie das in exponierten Berufen von Bedeutung sein kann. Schliesslich wird sie auch für Brauchtum, künstlerische Darbietungen oder für Werbezwecke erlaubt bleiben.

Regulierungsbremse

Eine undemokratische Lösung dank EVP abgelehnt

Bei der [Regulierungsbremse](#) geht es darum, dass analog zur bestehenden Ausgabenbremse eine qualifizierte Mehrheit in den beiden Räten einem Erlass zustimmen müsste, wenn Unternehmen davon besonders betroffen sind. Dazu wäre eine Ergänzung von Artikel 159 der Verfassung nötig. Die EVP ist der Meinung, dass diese Vorlage demokratie- und staatspolitisch fragwürdig ist, weil sie eine Interessengruppe – in diesem Fall Unternehmen – im parlamentarischen Prozess strukturell bevorteilen. Marc Jost [präsentierte](#) im Namen der Staatspolitischen Kommission den Mehrheitsantrag gegen diesen Vorstoss.

Er argumentierte, dass ein so tiefer Eingriff ins System, bei welchem plötzlich die Interessen der Unternehmen höher gewichtet würden als jene zum Beispiel der Konsumentinnen, der Arbeitnehmer oder des Schutzes des Klimas und auch der Umwelt, abzulehnen ist.

Zudem würde eine grosse Unsicherheit in den Parlamentsbetrieb kommen, wenn der Abstimmungsmodus über eine Vorlage von einer Einschätzung abhängt, die keiner exakten Wissenschaft entspricht. Neben Rechtsunsicherheit dürften auch zusätzliche Kosten ausgelöst werden, zum Beispiel für externe Expertisen. Zu oft müsste man dann wohl zur Einsicht gelangen: ausser Spesen nichts gewesen.

Die Kommission hatte sich auch darüber informieren lassen, was eine Überprüfung der Schlussabstimmungen in der Zeit zwischen 2014 und 2019 bezüglich einer möglichen Regulierungsbremse ergeben hat. Das Resultat war ernüchternd. Die Regulierungsbremse hätte nur gerade bei 0,5 Prozent aller Abstimmungen eine Folge gehabt. Genau 3 von über 600 Vorlagen wären unter die Regulierungsbremse gefallen. Ergo wäre die Regulierungsbremse weder effizient, noch würde sie wohl im richtigen Moment wirken.

So konnte schlussendlich auch der [Nationalrat](#) davon überzeugt werden, nicht einzutreten. Die Entscheidung fiel aber äusserst knapp. So wurde, nicht zuletzt auch dank den drei EVP-Stimmen, diese fragwürdige Vorlage glücklicherweise abgelehnt.

Qu'est-ce que le Conseil de l'Europe & quel est le rôle du Parlement suisse ? À l'occasion des 60 ans de l'ach au @CoE, des élèves ont posé ces questions à Cottier Damien, Nik Gugger & Marianne Maret

   [Weitere Infos](#)

In dieser Session eingereichte Vorstösse:

Nik Gugger

[Postulat \(23.4272\) Mietzinserhöhung trifft Mieter vierfach: Evaluation der rechtlichen Grundlage für Mietzinserhöhungen](#)

[Interpellation \(23.4266\) Ambitionen und Erfolge zur Abschaffung biodiversitätsschädigender Subventionen: Wo steht die Schweiz im internationalen Vergleich](#)

[Fragestunde \(23.7742\) – Wann kommt die Entscheidung bezüglich UNO-Atomwaffenvertragsvertrag \(TPNW\)?](#)

[Fragestunde \(23.7768\) – Löst die Schweiz Deutschland als «Bordell Europas» ab?](#)

[Fragestunde \(23.7766\) – Warum ignoriert der Bundesrat in einer Gesamtschau zur Stärkung des Wirtschaftsstandortes den Nutzen der Biodiversität bzw. die Kosten ihres Verschwindens?](#)

[Fragestunde \(23.7764\) – Potential sozialer Unternehmen](#)

Marc Jost

[Parlamentarische Initiative \(23.452\) - Schluss mit Listenflut – Einfaches und faires Wahlsystem für die Nationalratswahlen](#)

[Interpellation \(23.4103\) - Blasphemie-Gesetz in Pakistan: welche Folgen auf die Handelsabkommen?](#)

[Fragestunde \(23.7681\) – Aktionsplan gegen Menschenhandel: Werden Ursachen und Strukturen der Prostitution ebenfalls thematisiert?](#)

[Fragestunde \(23.7523\) – Kennt der Bundesrat die neue Studie der Leistungsdaten von Physioswiss?](#)

Lilian Studer

[Motion \(23.4192\) - Schutzkonzepte zur Prävention von Missbrauch bei Organisationen, die mit Kindern und Jugendlichen arbeiten](#)

[Interpellation \(23.4260\) Folgen des JA zum Klimaschutz-Gesetz für die Schweizerische Nationalbank](#)

[Fragestunde \(23.7751\) - Abgabe von Teilmengen einer Medikamentenpackung und die Zukunftsabsichten des Bundesrates](#)

[Fragestunde \(23.7688\) - Nordisches Modell in EU – und die Schweiz?](#)

[Link Vorstösse Nik >>>](#)

[Link Vorstösse Marc >>>](#)

[Link Vorstösse Lilian >>>](#)

Impressum:
Verfasst und gestaltet von
Nik Gugger
Lilian Studer
Marc Jost

Versand: Geschäftsstelle
der EVP Schweiz

